

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Wolfgang Klauder

Die Bedeutung des Bevölkerungsrückganges für  
Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Politik

13. Jg./1980

**4**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Die Bedeutung des Bevölkerungsrückganges für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Politik

Wolfgang Klauder\*)

Seit 1972 schrumpft die deutsche Bevölkerung. Bei unveränderter Geburtenhäufigkeit wird es 2030 ca. 18 Mio. Deutsche weniger geben als heute. In dem Beitrag wird die Bedeutung des Bevölkerungsrückganges diskutiert. Die wichtigsten Aussagen sind:

(1) Bei dem Geburtenrückgang handelt es sich um einen säkularen Trend mit vielschichtigen Ursachen. Es ist unwahrscheinlich, daß die Geburtenhäufigkeit in absehbarer Zeit dauerhaft auf das zur Bestandserhaltung nötige Niveau wieder ansteigt.

(2) Wirtschaft und Arbeitsmarkt werden im wesentlichen erst nach 1990 betroffen. Zumindest bis 1990 besteht durch das Hineinwachsen geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbs-, Heirats- und Haushaltsgründungsalter noch eine völlig andere Situation mit der Gefahr einer anhaltenden merklichen Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt. Vermutlich entgegengesetzte Tendenzen in den Jahrzehnten nach 1990 lassen es zweckmäßig erscheinen, heutige Maßnahmen möglichst flexibel oder befristet oder reversibel zu gestalten.

(3) Langfristiger Nachfragepessimismus ist nicht gerechtfertigt. Allerdings dürfte die Auslandsorientierung der Wirtschaft und der Strukturwandel zu höherwertigen forschungs- und entwicklungsintensiven Produkten und zu Dienstleistungen zunehmen. Noch wichtiger als bisher wird die internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft. Den einzigen gewichtigen Standortvorteil bildet die Qualifikation der Arbeitskräfte.

(4) Das nach 1990 sinkende Arbeitskräftepotential (1980 – 2030 ca. – 8 Mio.) engt tendenziell den langfristigen Wachstumsspielraum ein. Es gibt mehrere Ansatzpunkte wie Ausländerbeschäftigung, Arbeitszeit, Frauen- und Alterserwerbstätigkeit sowie den Produktivitätsfortschritt, um in den Jahrzehnten nach 1990 einer Arbeitskräfteknappheit zu begegnen. Eine weitere Zuwanderung von Ausländern wird sogar kaum ganz zu vermeiden sein, aber erhebliche Probleme aufwerfen. Langfristig dürfte der Wunsch nach weiteren generellen Arbeitszeitverkürzungen an Bedeutung verlieren. Heutige Flexibilisierungen der Arbeitszeit könnten gleichzeitig mittel- und langfristigen Erfordernissen gerecht werden. Eine vermehrte Frauen- und Alterserwerbstätigkeit dürfte nur bei erheblicher Ausweitung der verschiedenen Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung konfliktfrei zu verwirklichen sein. Negativen Auswirkungen des geringeren Anteils Jugendlicher auf den Produktivitätsfortschritt könnte durch verbesserte Erstausbildung und Aufbau eines Erwachsenenfortbildungssystems entgegengewirkt werden.

(5) Der Anteil der Erwerbspersonen an der gesamten Bevölkerung wird selbst 2030 kaum ungünstiger sein als in den letzten Jahren. Das Problem der Alterssicherung reduziert sich folglich auf ein Umverteilungsproblem zwischen verschiedenen privaten und öffentlichen Aufgaben und Budgets.

(6) Fazit: Der Geburtenrückgang stellt Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Politik vor bedeutende Anpassungsaufgaben. Die Probleme bleiben aber in einer handhabbaren Größenordnung und werden um so leichter zu lösen sein, je mehr die Flexibilität des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems verbessert wird.

## Gliederung

1. Einleitung
  2. Zur Bevölkerungsentwicklung
    - 2.1 Einschätzung der Geburtenentwicklung
    - 2.2 Ausmaß des zukünftigen Bevölkerungsrückganges
  3. Die mittelfristige Beschäftigungsproblematik und ihre Konsequenzen
  4. Zu den langfristigen Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges
    - 4.1 Auswirkungen auf Wachstum und Struktur der Nachfrage
    - 4.2 Auswirkungen auf Arbeitskräfteangebot und Wachstumsspielraum
  5. Ansatzpunkte zum Ausgleich einer langfristigen Arbeitskräfteknappheit
    - 5.1 Ausländerbeschäftigung
    - 5.2 Inländische Erwerbsbeteiligung
    - 5.3 Arbeitszeit
    - 5.4 Produktivitätsfortschritt
  6. Zum Problem der Alterssicherung
  7. Schlußfolgerung
- Statistischer Anhang

### 1. Einleitung

Von Mitte der 60er bis zur Mitte der 70er Jahre hat sich die Zahl der Geburten von Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland ungefähr halbiert. Die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung schrumpft seit 1972. Sterben die Deutschen aus? Stehen demnächst die Schulen leer? Werden bald die Arbeitskräfte zu knapp? Gibt es bald nicht mehr genügend Absatzmärkte? Wer zahlt die Renten? Welche Konsequenzen müssen aus dem Bevölkerungsrückgang gezogen werden? Das sind Fragen und Schlagzeilen, auf die man in den letzten Jahren immer wieder stößt. Ziel dieses Beitrages<sup>1)</sup> ist es, auf

\*) Dr. Wolfgang Klauder ist Leiter des Arbeitsbereiches »Mittel- und langfristige Vorausschau« im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors. Erweiterte Fassung eines Vortrages anlässlich der Jahressitzung des Landeskuratoriums Berlin im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Berlin am 13. März 1980. <sup>1)</sup> Der Beitrag fußt in wichtigen Aussagen – abgesehen von den gesondert zitierten Quellen – auf einem in einem Arbeitskreis der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt unter Vorsitz von Professor Dr. K. M. Bolte erarbeiteten Bericht für das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG), an dem der Verfasser mitgearbeitet und zu dem er das Arbeitsmarktkapitel beigetragen hat. (Fortsetzung der Fußnote S. 2)

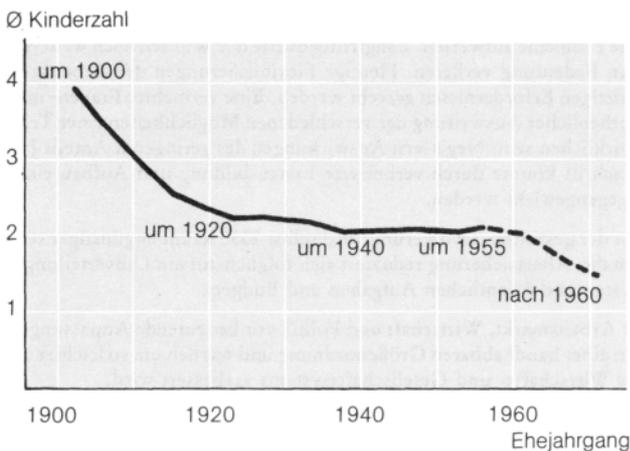
derartige Fragen einige- allerdings sicherlich unvollständige - Antworten zu geben.

## 2. Zur Bevölkerungsentwicklung

### 2.1 Einschätzung der Geburtenentwicklung

Wenn man die Bedeutung des Bevölkerungsrückganges für die Zukunft richtig erfassen will, muß man sich zunächst fragen, wie die Geburtenentwicklung in der Vergangenheit zu beurteilen ist. Nach allen vorliegenden Untersuchungen<sup>2)</sup> handelt es sich bei dem Geburtenrückgang um einen säkulareren Trend, der bereits seit etwa 1870 in fast allen Industrieländern zu beobachten ist und sich etwa seit Mitte der 60er Jahre erneut verstärkt hat. Dieser Trend wird lediglich immer wieder überlagert durch sich fortpflanzende Wellenbewegungen und Ausschläge, wie sie z. B. durch die beiden Weltkriege ausgelöst worden sind. Auch die jetzt wiederanstiegende Zahl der Geburten ist lediglich Folge davon, daß nunmehr stark besetzte Jahrgänge ins Fruchtbarealter gelangen. Am deutlichsten kommt daher der langfristige Trend darin zum Ausdruck, wie sich die Zahl der insgesamt im Verlauf einer Ehe geborenen Kinder mit den Ehejahrgängen verändert.

Schaubild 1: Durchschnittliche Kinderzahl der Ehejahrgänge 1900 bis 1971



Quelle: Schaubild nach Ch. Höhn: Geburtenrückgang: Statistische Grundlagen und Prognosen. In: Der Kinderarzt. Heft 2/1977.

Vgl.: Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V., Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation. Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, Bonn, April 1980. (Teilweise veröffentlicht in: Sozialer Fortschritt, 29 Jg., H. 7/8, 1980, S. 145-152. Vollständige Veröffentlichung in der Schriftenreihe des BMJFG vorgesehen).

Insbesondere vgl.: Klauer, W., (Bearb.), Bevölkerung und Arbeitsmarkt, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 118-146. Diesem Beitrag waren folgende Veröffentlichungen von Vorträgen des Autors zu den Konsequenzen des Bevölkerungsrückganges vorausgegangen:

Klauer, W., Konsequenzen des Bevölkerungsrückganges für den Arbeitsmarkt, in: Der Volks- und Betriebswirt, Heft 9/1976, S. 185 ff. - Eine teils gekürzte, teils ergänzte Fassung erschien in den Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MatAB) 5/1976.

Klauer, W., Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Konsequenzen der demographischen Entwicklung, in: Konsequenzen des Geburtenrückganges für ausgewählte Politikbereiche, Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 58, 1978, S. 112 ff.

Klauer, W., Der Geburtenrückgang aus arbeitsmarktpolitischer Sicht, in: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 9, Wiesbaden 1978, S. 67 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. z. B. Höhn, Ch., K. Schwarz, (Bearb.), Demographische Lage, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 32-67. (Vgl. auch Anhang - Tabellen I und 3).

<sup>3)</sup> Bolte, K. M. (Bearb.), Bestimmungsgründe des Geburtenrückganges und Überlegungen zu einer möglichen Beeinflussbarkeit, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 68-105.

<sup>4)</sup> Höhn, Ch., K. Schwarz (Bearb.), a.a.O., S. 45.

<sup>5)</sup> Die Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes wurden veröffentlicht in: Deutscher Bundestag, Langfristige Bevölkerungsentwicklung, Drucksache 8/680 vom 24. 6. 77. Die Modellrechnungen gehen von vier alternativen Annahmen über die zukünftige Geburtenentwicklung aus. Die der hier herangezogenen Modellvariante mit konstanter Geburtenhäufigkeit zugrundeliegende Nettoreproduktionsrate von 0,65 wurde 1975-1976 realisiert, während sie 1977-1978 noch geringfügig weiter auf rd. 0,63 zurückging.

Das Schaubild 1 zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl in den von 1900 bis 1971 geschlossenen Ehen. Um den Bevölkerungsstand zu halten, müßten in 100 Ehen 230 Kinder geboren werden. Dieser Wert wird bereits seit den in der 1. Hälfte der 20er Jahre geschlossenen Ehen nicht mehr erreicht. Bei den Ehejahrgängen 1968-1972 ist die durchschnittliche Kinderzahl sogar auf 160 je 100 Ehen gesunken und liegt damit um etwa ein Drittel unter dem zur Bestandserhaltung der Bevölkerung nötigen Niveau.

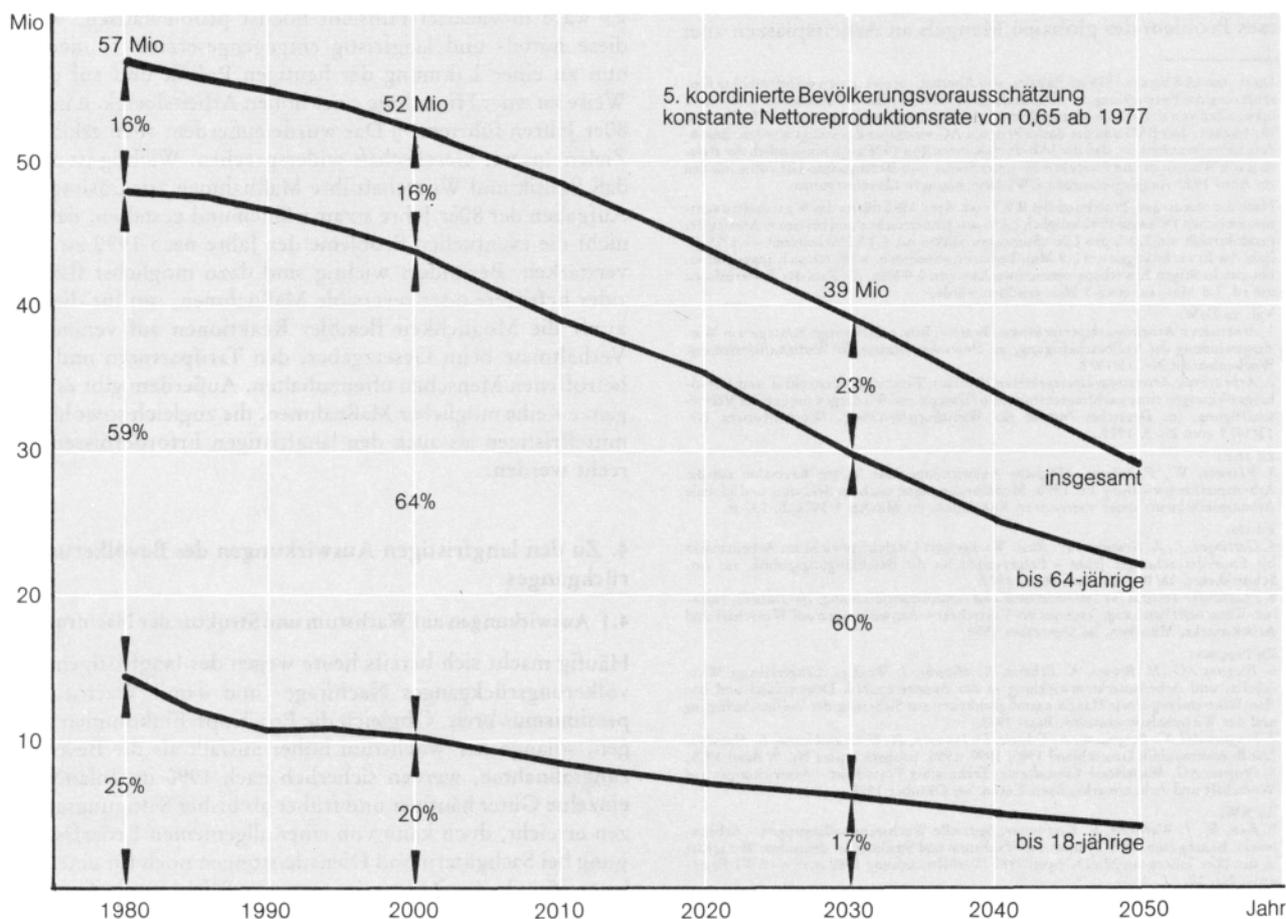
Für diese Entwicklung gibt es nicht nur eine Ursache, sondern ein ganzes Bündel tiefgreifender und vielschichtiger Ursachen. Nach einer Analyse von Bolte ist daher nicht damit zu rechnen, daß es in absehbarer Zeit zu einem dauerhaften Wiederanstieg der Geburten auf das Reproduktionsniveau kommen könnte.<sup>3)</sup> Hierzu wäre eine anhaltende Erhöhung der Geburtenhäufigkeit je Frau um rd. 50% erforderlich bzw. müßten - wie Höhn/Schwarz<sup>4)</sup> betonen - z. B. 40% aller Paare bereit sein, 3 Kinder groß zu ziehen. Die Bereitschaft zum zweiten Kind müßte dazu um fast 50% und die Bereitschaft zum dritten Kind um fast 100% zunehmen. Die heute in unserer Gesellschaft vorherrschenden Motive für den Wunsch nach Kindern lassen sich aber schon mit 1 oder 2 Kindern befriedigen.

Möglich erscheint indessen eine Abschwächung des Geburtenrückganges, wenn die Hemmnisse abgebaut werden, die heute verhindern, daß vorhandene Wünsche nach Kindern auch realisiert werden. Dies wäre insbesondere denkbar, wenn etwa durch politische Maßnahmen oder durch Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges einseitige Belastungen von Menschen mit Kindern weiter verringert würden und bessere Voraussetzungen dafür entstünden, daß die Frau z. B. gleichzeitige Wünsche nach Kindern und nach Berufstätigkeit konfliktfreier miteinander in Einklang bringen kann. Auch dürfte es unserer Gesellschaftsordnung nicht entsprechen, die Frau etwa je nach bevölkerungs- oder wirtschaftspolitischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen abwechselnd ins Berufs- oder Familienleben hinein- oder herauszulocken. Vielmehr müßte es das Bestreben sein, die individuellen Freiheitsräume als eines der wesentlichen Ziele unserer Gesellschaft auch im Bereich der generativen Entscheidung zu erweitern und damit der Frau mehr echte Wahlmöglichkeiten darüber einzuräumen, inwieweit sie ihre Erfüllung in der Familie oder im Beruf oder im sonstigen außerhäuslichen Engagement finden und diese Bereiche miteinander verknüpfen will.

### 2.2 Ausmaß des zukünftigen Bevölkerungsrückganges

Es spricht nach den obigen Ausführungen also aufgrund der Vergangenheitsentwicklung und der sie bestimmenden Ursachen viel dafür, daß die deutsche Bevölkerung auf absehbare Zeit im Trend mehr oder weniger stark schrumpfen wird. Mit welchem Ausmaß für den Fall zu rechnen ist, daß die Geburtenhäufigkeit je Frau auf dem in den letzten Jahren beobachteten Niveau verharrt, zeigt eine im Schaubild 2 dargestellte Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes.<sup>5)</sup> Danach würde die deutsche Bevölkerung im Bundesgebiet (ohne Berücksichtigung von Wanderungen) z. B. bis 2010 um fast 10 Mio. und bis 2030 um rd. 18 Mio. zurückgegangen sein. Das entspräche dem Bevölkerungsstand von 1948 und 1925. Selbst wenn der unwahrscheinliche Fall einträte, daß die Geburtenhäufigkeit noch bis 2050 unverändert niedrig bliebe und damit die Bevölkerung halbiert würde, lebten in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland immer noch so viel Menschen wie um 1900. Das mag diejenigen beruhigen, die durch den Bevölkerungsrückgang bereits in absehbarer Zeit die Erhal-

Schaubild 2: Deutsche Wohnbevölkerung im Bundesgebiet 1980 – 2050



Quelle: Nach Statistisches Bundesamt (Deutscher Bundestag, Drucksache 8/680 v. 24. 6. 77).

tung deutschen oder abendländischen Kulturgutes oder nationaler Eigenart gefährdet wähen.

Sorgen kann daher wohl weniger die niedrigere absolute Zahl bereiten als vielmehr die Auswirkung eines langfristigen und mit starken Ausschlägen (Schülerberg, Erwerbspersonen-berg, Rentnerberg) verbundenen Prozesses einer Schrumpfung und Alterung, für den es in der Geschichte der Industriestaaten noch kein Beispiel gibt. Aber nur wenn dadurch die jetzige und die nachwachsende Generation vor zu gewaltige Probleme gestellt werden sollten und damit grundlegende Ziele und Werte unserer Gesellschaft gefährdet würden, wäre in der Gesellschaft vermutlich ein Konsens darüber denkbar, bewußt eine andere Bevölkerungsentwicklung herbeizuführen, da eine bestimmte Bevölkerungszahl im allgemeinen nicht als Selbstziel angesehen wird. Der englische Historiker Arnold Toynbee hat letzteres einmal so ausgedrückt: »Das größtmögliche Wohlergehen, nicht die größtmögliche Zahl, ist unser menschliches Ziel.«<sup>6)</sup>

<sup>6)</sup> Zitiert nach Wingen, M., Grundfragen der Bevölkerungspolitik, Stuttgart 1975, S. 7.

<sup>7)</sup> Vgl. Buttler, G., B. Hof, Bevölkerung und Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2000, Materialien des Instituts der deutschen Wirtschaft I, Köln 1977, S. 74 f.

<sup>8)</sup> Vgl. Kühlewind, G., M. Thon, Projektion des deutschen Erwerbspersonenpotentials für den Zeitraum 1975 bis 1990, in: MittAB 2/1976, S. 156 ff. bzw. den aktualisierten Wiederabdruck in: Klauder, W., G. Kühlewind, P. Schnur, M. Thon, Mittel- und längerfristige Arbeitsmarktprojektionen des IAB, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB), Bd. 16, Nürnberg 1977, S. 22 ff., insbesondere S. 33. Daß die 1976er IAB-Projektion des deutschen Erwerbspersonenpotentials nach wie vor nicht »aus dem Rahmen fällt«, zeigt die im letzten Jahr erstellte Projektions-Synopse von Thon. Vgl. Thon, M., Vergleich von Projektionen des deutschen Erwerbspersonenpotentials, in: Mertens, D., W. Klauder (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials, BeitrAB, Bd. 44, Nürnberg 1980, S. 182 ff.

### 3. Die mittelfristige Beschäftigungsproblematik und ihre Konsequenzen

Für das größtmögliche Wohlergehen bildet natürlich das materielle Wohlergehen eine entscheidende Basis. Von zentraler Bedeutung für die Beurteilung und Bewältigung des Bevölkerungsrückganges sind daher seine Folgen für Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt. Wegen des temporären Geburtenberges der 50er und 60er Jahre wird sich der langfristige Geburtenrückgang hierauf aber im wesentlichen erst nach 1990 auswirken. In den 80er Jahren wachsen zunächst noch diese geburtenstarken Jahrgänge in das Erwerbs-, Heirats- und Haushaltsgründungsalter hinein. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft dürfte dieser Altersstruktureffekt einen möglichen negativen Einfluß der sinkenden Bevölkerungszahl auf den Konsum bis in die 90er Jahre hinein noch kompensieren.<sup>7)</sup> Und nach Berechnungen des IAB wird das Potential an deutschen Arbeitskräften vor allem durch diese geburtenstarken Jahrgänge trotz verlängerter und vermehrter Bildungsbeteiligung und trotz der vorgezogenen Ruhestandsmöglichkeiten bis ungefähr 1989 noch um per Saldo rd. 800 000 Personen zunehmen.<sup>8)</sup>

Die Bundesrepublik Deutschland steht somit noch bis etwa 1990 vor einer gänzlich anderen Situation als nach 1990. Das darf bei allen Überlegungen zum Bevölkerungsrückgang keinesfalls vergessen werden. Wie das Bilanz-Schaubild 3 demonstriert, droht in den 80er Jahren ein Anhalten der hohen Arbeitslosigkeit. Bei schwachem Wirtschaftswachstum dürfte sich die Spanne zwischen der oberen Kurve des Po-

tentials und der unteren Kurve des Bedarfs sogar noch vergrößern und die Arbeitslosigkeit die 3-Mio.-Grenze erreichen.<sup>9)</sup> Im Verlauf der 90er und der späteren Jahre könnte dieses Problem des globalen Mangels an Arbeitsplätzen aber

<sup>9)</sup> Diese vom IAB bereits 1976 im Rahmen von Alternativprojektionen veröffentlichte Einschätzung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei schwachem Wirtschaftswachstum ist inzwischen von den verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten wie dem DIW, dem Ifo-Institut, dem RWI und der Basler Prognos AG weitgehend bestätigt worden. Besonders bemerkenswert ist, daß die IAB-Projektionen von 1976 auch hinsichtlich der Relation von Wachstum und Produktivität unter Status-quo-Bedingungen fast völlig mit den im April 1980 vorgelegten neuen RWI-Berechnungen übereinstimmen. Nach der Status-quo-Projektion des RWI vom April 1980 dürfte das Wirtschaftswachstum zwischen 1978 und 1990 lediglich 2,6% pro Jahr erreichen und bei einem Anstieg der Produktivität um 2,9% pro Jahr (Stundenproduktivität 4,1%, Arbeitszeit - 1,1%) die Zahl der Erwerbstätigen um 0,9 Mio. Personen abnehmen, wodurch sich angesichts eines gleichzeitigen Erwerbspersonenzuwachses von 0,9 Mio. die Zahl der Erwerbslosen um rd. 1,8 Mio. auf etwa 3 Mio. erhöhen würde. Vgl. zu DIW: 1. Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven (Bearb.), Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 15/1978. Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven (Bearb.), Finanzierungsstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrageorientierten Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 13/1979 vom 29. 3. 1979.

Zu IAB: 3. Klaunder, W., P. Schnur, Mögliche Auswirkungen der letzten Rezession auf die Arbeitsmarktentwicklung bis 1990. Modellrechnungen nach 26 Sektoren und globale Arbeitsmarktbilanz unter alternativen Annahmen, in: MittAB 3/1976, S. 237 ff.

Zu Ifo: Gattinger, J., A. Krumper, H. russ, Wachsendes Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt bis Ende der achtziger Jahre - Folgerungen für die Beschäftigungspolitik, in: Ifo-Schnelldienst, 18/19, München 26. 6. 1978.

4. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Ifo-Institut, Infratest-Wirtschaftsforschung, Technischer Fortschritt - Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt, München, im September 1979.

Zu Prognos:

6. Prognos AG (H. Browa, K. Eckerle, K. Masuhr, I. Weidig), Längerfristige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württemberg sowie Handlungsmöglichkeiten zur Sicherung der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswachstums, Basel 1978.

7. Prognos AG (C. Bergmann, K. Eckerle, D. Franzen, H. E. Grundmann, K. Masuhr), Die Bundesrepublik Deutschland 1985, 1990, 1995, prognos report Nr. 9, Basel 1979.

8. Prognos AG, Mackintosh Consultants, Technischer Fortschritt - Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Basel/Luton, im Oktober 1979.

Zu RWI:

9. Rau, R., J. Warnken, P. Wolfmeyer, Spezielle Wachstumsbedingungen - Arbeitsmarkt. Beitrag zum RWI-Symposium Wachstum und Struktur der deutschen Wirtschaft in den 80er Jahren am 22./23. April 1980 (Veröffentlichung 1980 in den »RWI-Papieren«, Nr. 10.

<sup>10)</sup> So stellt auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in einem inzwischen der Öffentlichkeit vorgelegten Gutachten fest: »Die verbreitete Meinung, die Beschäftigungsproblematik vermindere sich ab 1990 automatisch, weil die Erwerbsbevölkerung dann zurückgehen werde, ist irrig. Blicke die Beschäftigungspolitik während der Phase I erfolglos, so wäre die Ausgangslage für die Phase II durch hohe, strukturell stark verhärtete Arbeitslosigkeit, unterbliebenen Strukturwandel des Güterangebots, versäumte Ausweitung und Modernisierung des Kapitalstocks, hohe öffentliche Verschuldung usw. derart verfahren, daß die zunächst nur geringfügige Abnahme der Erwerbspersonenzahl allenfalls eine Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt verhindert. Es wäre demnach auch auf sehr lange Sicht hin gefährlich, wenn in den nächsten Jahren nicht die Voraussetzungen für eine Ausweitung des Arbeitsplatzangebots geschaffen würden.« (Der Beirat bezeichnet als Phase I die Zeit bis etwa 1990, als Phase II die Zeit von 1990 bis 2010.) Vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Implikationen eines Bevölkerungsrückganges. Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, (abgeschlossen am 9. Februar 1980), BMWi-Studien-Reihe 28, Bonn 1980, Textziffer 29.

<sup>11)</sup> Zu teilweise ähnlichen Schlußfolgerungen wie der Verfasser (vgl. hierzu auch die in Fußnote 1 zitierten früheren Veröffentlichungen des Verfassers) kommen u. a. auch Buttler und der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Vgl. Buttler, G., Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik, Ausmaß und Konsequenzen, Materialien des Instituts der deutschen Wirtschaft 2, Köln 1979. Buttler, G. (Bearb.), Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 106-117. Bundesministerium für Wirtschaft, a.a.O., Textziffer 20 ff.

<sup>12)</sup> Schmidt, K.-D., Sättigungserscheinungen beim privaten Verbrauch? in: Weltwirtschaft im Übergang, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 45, Kiel, Januar 1976, S. 14 ff., insbesondere S. 17-19.

<sup>13)</sup> Vgl. u. a. Schmidt, K.-D., a.a.O., S. 20.

<sup>14)</sup> Vgl. zur Mikroelektronik außer den in Fußnote 9 unter 5. und 8. zitierten Studien BMFT, Gesprächskreis »Modernisierung der Volkswirtschaft-Elektronik, Produktivität, Arbeitsmarkt«, Diskussionspapier vom 20. 12. 1978. Dostal, W., K. Köstner, Mikroprozessoren - Auswirkungen auf Arbeitskräfte? in: MittAB 2/1977, S. 243 ff. Hofmeister, E., H.-E. Wiehl, Auswirkungen des technischen Fortschritts auf Arbeitsplätze und Energieverbrauch am Beispiel der Mikroelektronik, in: Hauff, V. (Hrsg.), W. Klaunder (wissenschaftl. Red.), Energie - Wachstum - Arbeitsplätze, Argumente in der Energiediskussion, Bd. 4/5, Villingen 1978, S. 498 ff.

<sup>15)</sup> Zu möglichen Wachstumsfeldern vgl. u. a.: Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven (Bearb.), Eine mittelfristige Strategie usw., a.a.O., S. 153. Vesper, D. (Bearb.), Zur Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 28/1977 vom 14. 7. 1977. Kühlewind, G., D. Mertens, Arbeitsmarktpolitische Strategien im Spiegel der IAB-Forschung, in: H. Markmann, D. B. Simmert (Hrsg.), Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 423 ff. Prognos AG (H. Browa, K. Eckerle, K. Masuhr, I. Weidig), a.a.O., insbes. S. K-2 und S. 177 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. Pestel, E., u. a., Das Deutschland-Modell. Herausforderungen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Stuttgart 1978, S. 175.

<sup>17)</sup> Vgl. Klaunder, W., Zu den Arbeitsmarktauswirkungen unterschiedlicher Energiestrukturen, in: MittAB 1/1980, S. 1 ff., insbes. S. 13.

bei nicht zu schwachem Wirtschaftswachstum in ein Problem des globalen Mangels an Arbeitskräften umschlagen.

Es wäre in vielerlei Hinsicht höchst problematisch, wenn diese mittel- und langfristig entgegengesetzten Tendenzen nun zu einer Lähmung der heutigen Politik und auf diese Weise zu einer Hinnahme einer hohen Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren führten.<sup>10)</sup> Das würde außerdem allen erklärten Zielen unserer Gesellschaft widersprechen. Wichtig ist aber, daß Politik und Wirtschaft ihre Maßnahmen zur Lösung der Aufgaben der 80er Jahre so auswählen und gestalten, daß sie nicht die eventuellen Probleme der Jahre nach 1990 zu sehr verstärken. Besonders wichtig sind dazu möglichst flexible oder befristete oder reversible Maßnahmen, um für die Zukunft die Möglichkeit flexibler Reaktionen auf veränderte Verhältnisse beim Gesetzgeber, den Tarifpartnern und den betroffenen Menschen offenzuhalten. Außerdem gibt es eine ganze Reihe möglicher Maßnahmen, die zugleich sowohl den mittelfristigen als auch den langfristigen Erfordernissen gerecht werden.

#### 4. Zu den langfristigen Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges

##### 4.1 Auswirkungen auf Wachstum und Struktur der Nachfrage<sup>11)</sup>

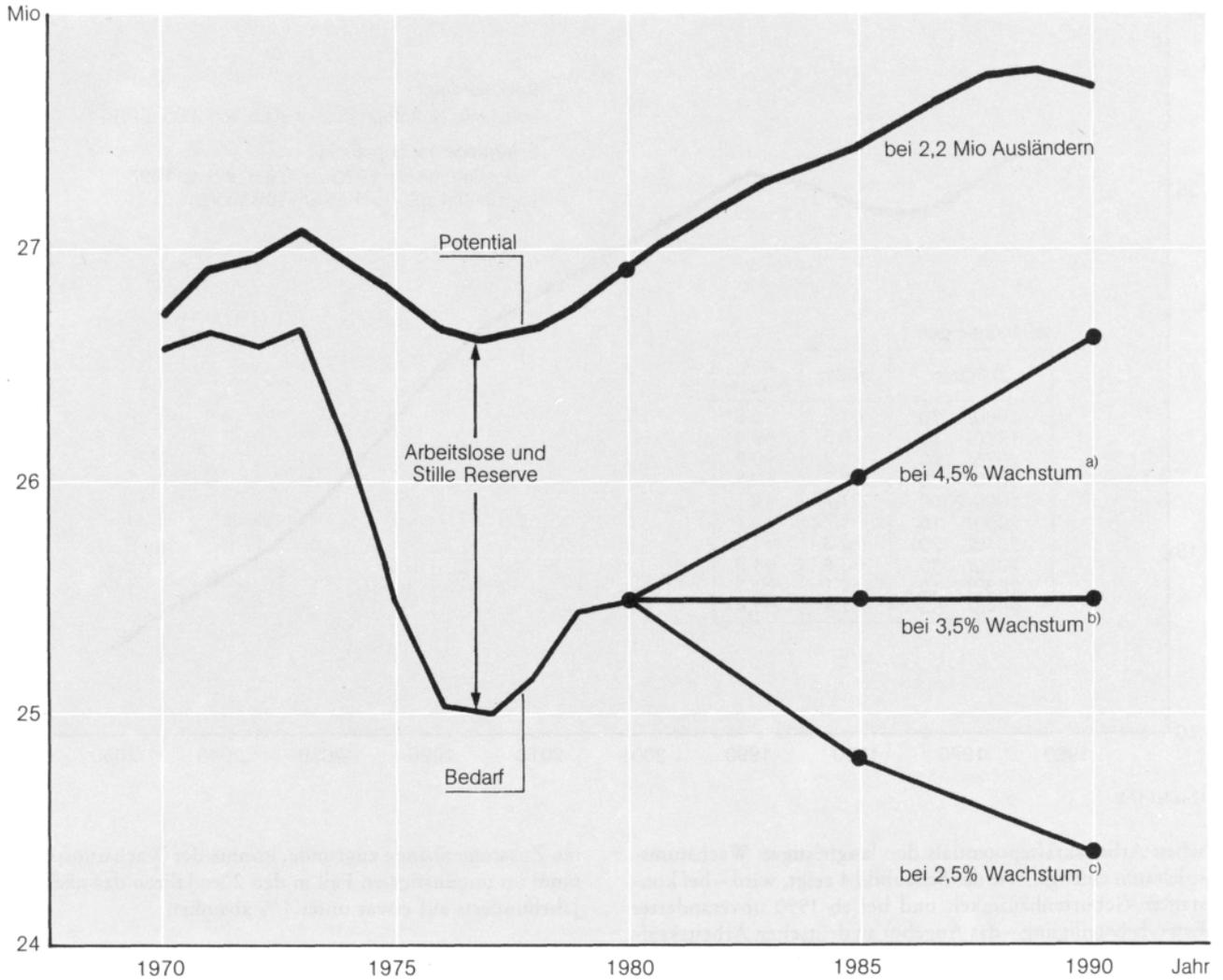
Häufig macht sich bereits heute wegen des langfristigen Bevölkerungsrückganges Nachfrage- und damit Wachstumpessimismus breit. Obgleich die Pro-Kopf-Einkommen steigen, solange das Wachstum höher ausfällt als die Bevölkerungsabnahme, werden sicherlich nach 1990 im Inland für einzelne Güter häufiger und früher als bisher Sättigungsgrenzen erreicht, doch kann von einer allgemeinen Bedarfsättigung bei Sachgütern und Dienstleistungen noch für eine sehr lange Zeit keine Rede sein, wie ein Blick in die Statistik zeigt.<sup>12)</sup> Außerdem läßt der technische Fortschritt immer wieder neue Märkte entstehen, über die nach allen Erfahrungen mit Technologieprognosen heute vielfach noch gar keine Vorstellungen bestehen können.<sup>13)</sup> Auch die durch die Mikroelektronik neu entstehenden Märkte sind gegenwärtig noch nicht abzuschätzen.<sup>14)</sup> Ferner mangelt es nicht an ausgesprochenen Wachstumsfeldern, worauf z. B. das DIW und die Prognos AG immer wieder hinweisen.<sup>15)</sup>

Allein auf dem Energiegebiet stehen riesige Umstrukturierungsinvestitionen bevor, die nach Pestel etwa 25 Jahre lang 10% des Sozialprodukts ausmachen müßten.<sup>16)</sup> Daher dürfte es sogar auf jeden Fall zweckmäßig sein, die besonders arbeitsintensiven Teile der Umstrukturierung wie z. B. die Gebäudeisolierung, mit der am schnellsten am meisten ökonomisch eingespart werden könnte, noch so weit als irgend möglich in die 80er Jahre vorzuziehen. Das würde zugleich die Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren vermindern helfen wie den Arbeitsmarkt der 90er und späteren Jahre entlasten und die energiepolitische Grundlage für die Zukunft verbessern.<sup>17)</sup>

Wird der Inlandsmarkt zu klein oder die Sparquote zu hoch, so dürfte angesichts der rapide anwachsenden Weltbevölkerung und des ungeheuren Nachholbedarfs der Entwicklungsländer ein weiteres absolutes und relatives Ansteigen der Güter- und der Kapitalexporte möglich sein und auch im dringenden Interesse der übrigen Menschheit liegen. Der Bevölkerungsrückgang muß also zu einer weiter zunehmenden Auslandsorientierung unserer Wirtschaft führen. Hierfür wird aber dreierlei noch wichtiger und dringlicher werden als bisher, nämlich

- erstens, die Aufrechterhaltung und Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft,

Schaubild 3: Arbeitsmarktbilanz 1970 – 1990 (Mio. Personen)



Anm.: Produktivitätsfortschritt (BIP je Erwerbstätigen) pro Jahr: a) 4,0% b) 3,5% c) 2,9%  
 Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen jeweils -0,9% pro Jahr

Quelle: IAB

was z. B. auch heutigen bewußten Rationalisierungsdrosselungen zusätzliche Grenzen setzt,

- zweitens, der weitere Ausbau einer nicht-protektionistischen Weltwirtschaft mit entsprechenden Konsequenzen auch fürs eigene Land und

- drittens, die drastische Aufstockung der Entwicklungshilfe.

Mehr Starthilfen an die Entwicklungsländer würden im übrigen auch bereits in den 80er Jahren in unserer Wirtschaft höchst erwünschte zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen, ganz abgesehen davon, daß sie eine

entscheidende Voraussetzung für die Lösung des allgemeinen Nord-Süd-Konflikts darstellen, der neben dem Energieproblem zu dem ernstesten Weltproblem der nächsten Jahrzehnte werden könnte.

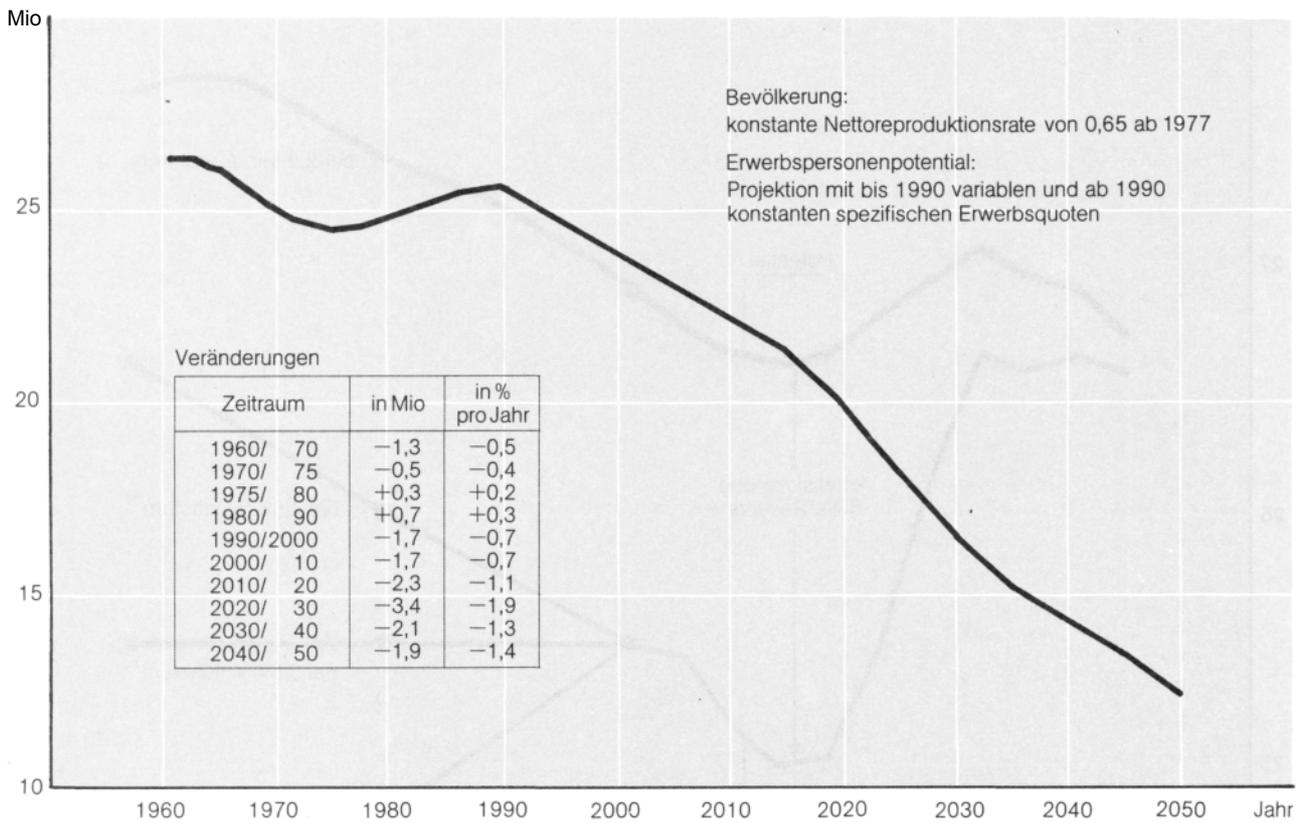
Welche Auswirkungen haben nun diese Tendenzen auf die zukünftige Wirtschaftsstruktur? Sowohl eine weiter zunehmende Außenhandelsverflechtung als auch ein bei steigenden Pro-Kopf-Einkommen mengenmäßig kleiner werdender Binnenmarkt werden zwangsläufig den Strukturwandel zu höherwertigen forschungs- und entwicklungsintensiven Sachgütern und zu Dienstleistungen aller Art verstärken und beschleunigen. Im internationalen Konkurrenzkampf werden dabei die Expansionschancen um so größer sein, je mehr die Bundesrepublik Deutschland ihren einzigen Standortvorteil ausbaut und nutzt, nämlich das Potential an qualifizierten Arbeitskräften.<sup>18)</sup>

#### 4.2 Auswirkungen auf Arbeitskräfteangebot und Wachstumsspielraum

Erscheint nun zwar Nachfragepessimismus nicht gerechtfertigt, so besteht allerdings auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft durchaus die Gefahr, daß die Abnahme des deut-

<sup>18)</sup> Zu den künftigen wirtschaftsstrukturellen Tendenzen aufgrund der veränderten Standortbedingungen vgl. u. a. auch: Bülow, H., Entwicklungstendenzen der internationalen Arbeitsteilung und Rückwirkungen auf die Industriestruktur der Bundesrepublik Deutschland, in: WSI-Mitteilungen, 29 Jg., Heft 5, Mai 1976, S. 254 ff. Fels, G., Der Standort Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb, in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 45 »Weltwirtschaft im Übergang«, Kiel, Januar 1976, S. 9 ff. Klauder, W., Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Arbeitsmarkt nach mittel- und langfristigen Projektionen für die Bundesrepublik Deutschland, in: Hauff, V. (Hrsg.), W. Klauder (wissenschaftl. Red.), Energie – Wachstum – Arbeitsplätze, Argumente in der Energiediskussion, Bd. 4/5, Villingen 1978, S. 375 ff. Klauder, W., P. Schnur, a.a.O., S. 237 ff. Prognos AG (D. Franzen, P. Hofer, O. Kurz u. a.), Die Bundesrepublik Deutschland 1980, 1985, 1990, prognos report Nr. 7, Basel 1976, S. 26 ff. Prognos AG, Mackintosh Consultants, a.a.O.

Schaubild 4: Deutsches Erwerbspersonenpotential 1961 – 2050



Quelle: IAB

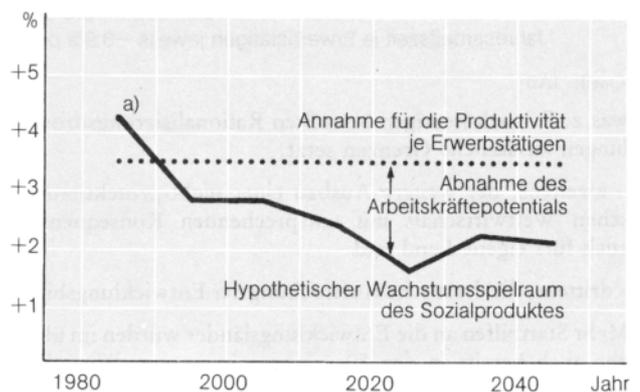
sehen Arbeitskräftepotentials den langfristigen Wachstumsspielraum einengt. Wie das Schaubild 4 zeigt, wird – bei konstanter Geburtenhäufigkeit und bei ab 1990 unveränderter Erwerbsbeteiligung – das Angebot an deutschen Arbeitskräften von 1980 bis 2010 um 2,7 Mio. und bis 2030 um über 8 Mio. zurückgehen. Die durchschnittlich-jährlichen Abnahmeraten schwanken zwischen 0,7% in den zwei Jahrzehnten von 1990 bis 2010 und maximal knapp 2% im Jahrzehnt von 2020 bis 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen.

Diese Abnahmeraten dürften aber mit großer Wahrscheinlichkeit kleiner sein als der Produktivitätsfortschritt, so daß auf jeden Fall ein positiver Wachstumsspielraum verbleibt. Nimmt man z. B. der Einfachheit halber an, die Produktivität je Erwerbstätigen stiege konstant um 3,5% pro Jahr – eine rein hypothetische Annahme –, so ergibt sich für den Wachstumsspielraum der im Schaubild 5 dargestellte Verlauf. Die Kurve des hypothetischen Wachstumsspielraumes sinkt in den nächsten beiden Jahrzehnten unter Vollbeschäftigungsbedingungen auf etwas unter 3%, erreicht in den 20er Jahren des nächsten Jahrhunderts einen Tiefpunkt von rd. 1 ½ %, um danach wieder auf gut 2% anzusteigen.

In der Realität ist allerdings damit zu rechnen, daß der Produktivitätsfortschritt nicht konstant bleibt, sondern u. a. bis zu einem gewissen Grade mit dem Wirtschaftswachstum variiert. Im Durchschnitt der 80er Jahre wäre demnach mit einem höheren Wachstumsspielraum zu rechnen (nach den IAB-Projektionen ca. 5,2%), in den Jahrzehnten nach 1990 dagegen möglicherweise sogar mit einem noch etwas niedrigeren Spielraum als im Schaubild 5 dargestellt, sofern nicht dann z. B. die Arbeitskräfteknappheit zu kompensierenden Produktivitätsanreizen führt. Legt man die gegenwärtig ableitba-

ren Zusammenhänge zugrunde, könnte der Wachstumsspielraum im ungünstigsten Fall in den 20er Jahren des nächsten Jahrhunderts auf etwas unter 1 % absinken.

Schaubild 5: Wachstumsspielraum bei konstantem Produktivitätsfortschritt von 3,5% pro Jahr



a) 1980-90 nach der IAB-Projektion Wachstumsspielraum ca. +5,2%, da für die Produktivität mit steigendem Wirtschaftswachstum ein Anstieg auf rd. 4,5% für möglich gehalten wird.

Quelle: IAB

Diese Einengung des Wachstumsspielraumes erscheint auf den ersten Blick durchaus erträglich, manchen sogar erwünscht oder noch zu gering, dennoch könnte sie für eine freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung auf die Dauer nicht unproblematisch werden. Bedenkt man z. B. die nach wie vor nur beschränkten Kenntnisse und Steuerungsmög-

lichkeiten des Wirtschaftsprozesses, so erhöht sich mit sinkendem Wachstumsspielraum zweifellos das Risiko, daß bereits leichte Konjunkturerinbrüche in manchen Branchen zu existenzgefährdenden Krisen führen und in einen allgemeinen kumulativen Schrumpfungsprozeß einmünden, der schließlich auch das System der sozialen Sicherung zusammenbrechen läßt. Je schwächer das Wirtschaftswachstum, desto größer ist auch die Gefahr, daß der technische Fortschritt und damit die Exportkraft erlahmen. Beides ist jedoch für ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland überlebenswichtig. Ferner müssen sich bei langfristig schwachem Wirtschaftswachstum oder gar Nullwachstum die internationalen und nationalen Umverteilungskämpfe und -probleme zuspitzen, da dann kaum mehr ohne Eingriffe in die Substanz nennenswert umverteilt werden kann, auch wenn man berücksichtigt, daß selbst bei Nullwachstum die Einkommen je Kopf der schrumpfenden Bevölkerung noch zunehmen.

Schließlich dürfte es auch im Versorgungsinteresse der übrigen Menschheit liegen, daß ein so hoch entwickeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland seine intellektuellen Fähigkeiten und Kapitalmittel voll ausnutzt und seine Produktion in dem Umfang steigert, wie es die allgemeinen Wirtschaftsbedingungen – insbesondere auch die Umweltbedingungen – und der technische Fortschritt erlauben, es sei denn, es ist möglich, in entsprechendem Umfang Kapital und »know how« zu exportieren.

Eine ganz andere Frage ist die nach der Art des Wachstums. Die Sorge ist verbreitet, daß die bisherige Art von Wachstum der Lebensqualität nichts hinzufüge, ja sie sogar häufig beeinträchtigt und daß künftiges Wachstum wiederum nur die gewohnte Art von Wachstum bedeuten könne. Künftiges Wachstum braucht aber nicht nur auf herkömmliche Art zu erfolgen, sondern kann beispielsweise auch vorwiegend durch Entwicklung und Expansion von umweltschonenden, rohstoff- und energiesparenden Technologien und Produktionen und durch Ausweitung der Dienstleistungs- und Infrastrukturbereiche mit geringe? Kapital- und Rohstoffintensität und niedrigen nachteiligen Folgewirkungen erzielt werden.<sup>19)</sup>

## 5 Ansatzpunkte zum Ausgleich einer langfristigen Arbeitskräfteknappheit

Wie könnte man den demographisch bedingten Rückgang des Arbeitskräftepotentials ausgleichen und den Wachstumsspielraum in den Jahrzehnten nach 1990 wieder vergrößern? Mögliche Ansatzpunkte hierzu bilden die Ausländerbeschäftigung, die inländische Erwerbsbeteiligung, die Arbeitszeit und der Produktivitätsfortschritt, wobei – wie erwähnt – die mittel- und die langfristigen gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse in unterschiedliche Richtung weisen.

### 5.1 Ausländerbeschäftigung

In der öffentlichen Diskussion wird häufig eine weitgehende Lösung der langfristigen Bevölkerungs-, Wachstums- und

Arbeitsmarktprobleme von der Zuwanderung weiterer Ausländer erwartet oder für möglich gehalten. Eine noch weiter zunehmende Ausländerbeschäftigung wird jedoch alle Teile der Gesellschaft vor gewaltige Integrationsprobleme und Anpassungsaufgaben stellen, die um so schwieriger werden, je breiter die soziale und kulturelle Kluft zwischen Einheimischen und Zuwanderern ist. Bereits heute gibt es Anzeichen für aufkommenden Fremdenhaß. Aber es dürfte auf der anderen Seite nicht sehr realistisch sein anzunehmen, daß die Bundesrepublik Deutschland sich etwa gar jahrzehntelang zu einer Insel mit überproportionalem Bevölkerungsrückgang und steigendem Lebensstandard abschotten könnte, in einer Umwelt mit geringer schrumpfenden oder mit wachsenden und zugleich ärmeren Bevölkerungen. Verbieten sich nicht in der heutigen Zeit auch insulare Betrachtungsweisen immer mehr? Gewisse Zuwanderungen werden sich also wohl kaum vermeiden lassen, allein schon im Zusammenhang mit der Erweiterung der EG und mit Flüchtlingsströmen. Soll »Wildwuchs« und Anhäufung von Konfliktpotential vermieden werden, müßte die Bundesrepublik Deutschland ein an ihren gesellschaftlichen Zielen und Absorptionsmöglichkeiten orientiertes langfristiges Gesamt-Konzept entwickeln zu Umfang und zu Art und Weise einer eventuellen weiteren Ausweitung der Ausländerbeschäftigung und zu ihren Alternativen. Stichworte hierzu sind Rotation, Einwanderung, Integration, Einbürgerung, Assimilation, multikulturelle Gesellschaft, Auslandshilfe, Auslandsinvestitionen usw.

An eine wesentliche Modifizierung oder gar Aufhebung des derzeitigen Anwerbestopps gegenüber Nicht-EG-Ländern könnte allerdings aus heutiger Sicht kaum vor der Jahrtausendwende gedacht werden. Zuvor müßten im allseitigen Interesse folgende vier Vorschaltphasen abgewartet werden:

- (1) der weitgehende Abbau der jetzigen Arbeitslosigkeit,
- (2) die weitgehende Eingliederung der geburtenstarken Jahrgänge ins Erwerbsleben,
- (3) die dauerhafte Integration der bereits anwesenden Ausländer und ihrer Kinder sowie eventuell noch nachziehender weiterer Familienangehöriger,
- (4) die Auswirkungen der Freizügigkeit in der – in den 90er Jahren um weitere Länder erweiterten – EG zumindest bis zur Jahrtausendwende, da in allen anderen größeren EG-Ländern das Arbeitskräftepotential nicht vor 2000 zurückgehen wird und bis dahin für diese Länder noch größere Beschäftigungsprobleme befürchtet werden.<sup>20)</sup>

Auch ohne weitere Zuwanderung wird sich im übrigen die Zahl der zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland befindlichen ausländischen Erwerbspersonen bereits allein aufgrund der ins Erwerbsalter hineinwachsenden Ausländerkinder bis 1990 um ca. 300 000 bis 500 000 Erwerbspersonen erhöhen.<sup>21)</sup> Die volle Integration und Qualifikation dieser zweiten, bereits hierzulande aufwachsenden Ausländergeneration dürfte nicht nur im allgemeinen politischen, sondern auch im unmittelbaren Interesse der Wirtschaft liegen. Diese Aufgabe wird erhebliche zusätzliche Anstrengungen im Bildungs- und Ausbildungswesen erfordern.

### 5.2 Inländische Erwerbsbeteiligung

Unterstellt man, daß der Trend zu vermehrter und verlängerter Bildung weitgehend irreversibel ist, so gibt es im Inland im wesentlichen nur zwei Bereiche, in denen das Erwerbspersonenreservoir noch nicht ausgeschöpft ist, nämlich die Frauen- und die Alterserwerbstätigkeit.

<sup>19)</sup> Vgl. zu diesem Absatz insbesondere Kühlewind, G., D. Mertens, Arbeitsmarktpolitische Strategien im Spiegel der IAB-Forschung, in: Markmann, H., D. B. Simmert (Hrsg.), Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 423 f. Weitere Hinweise auf Wachstumfelder mit niedrigen nachteiligen Sekundärwirkungen enthalten die anderen in Fußnote 15 genannten Quellen.

<sup>20)</sup> Ein Überblick über die in den Staaten des Europarates bis 1990 bzw. 2000 zu erwartenden Bevölkerungsentwicklungen und Arbeitsmarktgleichgewichte findet sich bei: Prognos AG (D. Franzen, K. Masuhr u. a.), Tendenzen der regionalen Bevölkerung und Arbeitsplatzentwicklung in den Staaten des Europarates 1974 bis 1990. Europäische Raumordnungsprognose 1990, Schriftenreihe »Raumordnung« des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. 06.033, 1979. (Vgl. auch Anhang – Tabelle 4).

<sup>21)</sup> Vgl. IAB-Kurzbericht vom 30. 5. 1978, Zur Entwicklung des Potentials an ausländischen Erwerbspersonen bis 1991, in: Kurzberichte 1976-1979, BeitrAB, Bd. 42, Nürnberg 1979, S. 171 ff.

Politik und Wirtschaft müssen nach allen vorliegenden Untersuchungen davon ausgehen, daß es einen auch durch die ungünstige Arbeitsmarktlage der letzten Jahre bisher nicht gebrochenen internationalen säkularen Trend zu vermehrter Erwerbsbeteiligung der Frau gibt.<sup>22)</sup> Im Gegensatz zu früher sind heute auch über 90% der Mädchen und ihrer Eltern vom Wert einer vollen Berufsausbildung überzeugt und planen eine im Prinzip lebenslange Berufstätigkeit in ihre Lebensvorstellungen ein.<sup>23)</sup> Das Angebotspotential für eine erhebliche Anhebung der Frauenerwerbsquote dürfte also vorhanden sein. Die Größenordnung, um die sich das Arbeitskräfteangebot gegenüber den bisherigen Modellwerten erhöhen könnte, läßt sich – vorsichtig gegriffen unter Zugrundelegung einer langen Anpassungsfrist – für das Jahr 2010 auf ca. 2-2,5 Mio. veranschlagen, das entspricht der Personenzahl nach etwa 70 – 90% des sich sonst bis 2010 ergebenden Potentialrückganges.

Eine zunehmende Frauenbeschäftigung wird jedoch noch erhebliche Anpassungen im Beschäftigungssystem erfordern. Zwar steht schon die heutige und erst recht die künftige Arbeitsplatzstruktur einer höheren Frauenbeschäftigung nicht entgegen.<sup>24)</sup> Jedoch können weibliche Arbeitskräfte bei zunehmendem Anteil keineswegs mehr wie früher lediglich als »Schwankungsreserve« oder »Arbeitsmarktpuffer« angesehen werden, sondern sie müssen beruflich voll und dauerhaft integriert werden mit allen Konsequenzen für das Aus-

bildungswesen, die personelle Aufstiegsplanung, das Sozialwesen usw. Am wichtigsten dürfte jedoch sein, daß eine vermehrte Frauenbeschäftigung ohne größere Rollenkonflikte wohl nur bei kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten zu verwirklichen wäre. Immerhin ist z. B. etwa die Hälfte aller heute vollzeitbeschäftigten Frauen an Teilzeitarbeit interessiert und suchen rd. zwei Fünftel aller gegenwärtig arbeitslosen Frauen ausschließlich Teilzeitarbeit.<sup>25)</sup>

Ähnliche Zusammenhänge gelten für die Alterserwerbstätigkeit. Eine geringere Beanspruchung der flexiblen Altersgrenze und eine Zunahme der Erwerbstätigkeit oberhalb der jetzigen Altersgrenze dürfte in größerem Umfang wohl ebenfalls nur bei genügend kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten einschließlich eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand denkbar sein, wodurch dem individuellen Alterungsprozeß und den persönlichen Wünschen verstärkt Rechnung getragen werden könnte. Sind diese Voraussetzungen erfüllt und ist auch der gesetzliche Rahmen genügend flexibel, erscheint etwa bei entsprechenden Marktanzügen – ein Tendenzwandel in Richtung auf eine längere Beteiligung der alten Menschen am Erwerbsleben, der auch der sozialen Altersproblematik entgegenwirken könnte, nicht mehr ausgeschlossen.<sup>26)</sup>

Allerdings stellt sich die Frage: Überwiegt die durch flexiblere Arbeitszeiten mögliche Zunahme der Frauen- und Alterserwerbstätigkeit oder überwiegen die durch flexiblere Arbeitszeiten möglichen Verringerungen der individuellen Arbeitszeiten? Welcher Effekt stärker ist, dürfte vor allem davon abhängen, welches Niveau zum jeweiligen Zeitpunkt die Normalarbeitszeit hat.

### 5.3 Arbeitszeit

Der Gestaltung der Arbeitszeit kommt somit in mehrerer Hinsicht eine Schlüsselrolle zu. Heute würde eine verstärkte Verkürzung der Lebens- und Jahresarbeitszeit die Gefahr der mittelfristigen Dauerarbeitslosigkeit verringern und die knappen Arbeitsplätze auf mehr Arbeitswillige verteilen helfen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie im Hinblick auf die Einkommens- und Kostenentwicklung in einer Form erfolgte, die nicht das Wachstum beeinträchtigt oder zu sehr den Produktivitätsfortschritt forciert.<sup>27)</sup> Nach 1990 böte dagegen eine Verlangsamung der Arbeitszeitverkürzung oder im Extremfall eine Arbeitszeiterhöhung eine Möglichkeit des Arbeitsmarktausgleichs.

Es erscheint jedoch nicht sehr wahrscheinlich, daß sich die Bundesrepublik Deutschland allzusehr dem internationalen Trend entziehen kann oder daß eine allgemein als gesellschaftspolitischer Fortschritt angesehene Entwicklung wieder generell rückgängig gemacht werden könnte. Bei Anhalten des bisherigen längerfristigen Trends der Jahresarbeitszeitverkürzungen von knapp 1 % pro Jahr<sup>28)</sup> wäre die jährliche Arbeitszeit aber immerhin im Jahr 2000 um rd. 20% und im Jahre 2030 um rd. 40% geringer als heute, so daß der Wunsch nach weiteren Verkürzungen der Jahresarbeitszeit nach 2000 sicherlich zunehmend an Bedeutung verlieren dürfte, wenn man die Arbeit als einen sinnvollen Bestandteil des Lebens ansieht. Mit einer allmählichen Verlangsamung des Arbeitszeitrückganges nach 1990 z. B. oder etwa mit einem völligen Verzicht ab 2030 könnte daher der Effekt des Potentialrückganges auf den Wachstumsspielraum zu einem ganz beachtlichen Teil ausgeglichen werden. Zugleich hätten sich mit den kürzeren Arbeitszeiten im nächsten Jahrhundert, wenn der Potentialrückgang größere Ausmaße annimmt, die Voraussetzungen für eine konfliktfreie Integration der Frauen und der alten Menschen in das Erwerbsleben verbessert.

<sup>22)</sup> Hinsichtlich des Einflusses der Arbeitsmarktlage auf die Entwicklung der Frauenerwerbsbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland erlauben diesen Schluß z. B. die bei Mertens, D., W. Klauder (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzungen des Erwerbspersonenpotentials, BeitrAB, Bd. 44, Nürnberg 1980 abgedruckten Untersuchungen von: Blazejczak, I., B. Görzig, Bestimmungsgründe für das Erwerbsverhalten der verheirateten Frauen, in: BeitrAB, Bd. 44, S. 113 ff., Brinkmann, Ch., Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarktverhältnisse: Neue empirische Ergebnisse zur »Entmutigung« und zusätzlichen »Ermutigung« von weiblichen Erwerbspersonen, in: BeitrAB, Bd. 44, S. 120 ff., Egle, F., Modellrechnungen zur Erklärung und Projektion des Erwerbspersonenpotentials, in: BeitrAB, Bd. 44, S. 64 ff.

<sup>23)</sup> Vgl. Saterdag, H., H. Stegmann, Jugendliche beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem, BeitrAB, Bd. 41, Nürnberg 1980, insbes. S. 50 f.

<sup>24)</sup> Wie Hofbauer feststellte, könnten z. B. nach dem Urteil von Vorgesetzten 35% der Arbeitsplätze, die bisher mit einem Mann besetzt sind, bei entsprechender Qualifikation auch von Frauen eingenommen werden. Vgl. Hofbauer, H., Potentielle Berufsfelder für Frauen. Ein Beitrag zur Erforschung der Geschlechter-Flexibilität in einzelnen Berufen, in: MittAB 3/1971, S. 336 ff. Zum Problem der Frauenbeschäftigung vgl. auch Beck-Gernsheim, E., Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen, Frankfurt 1976. Zur zukünftigen Arbeitsplatzstruktur vgl. die Projektions-Synopse von Klauder, W., Zusammenhang . . . , a.a.O., S. 375 ff. und die dort angegebene Literatur.

<sup>25)</sup> Einen Überblick über verschiedene Befragungsergebnisse zu den Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer gibt Mertens, D., Neue Arbeitszeitpolitik und Arbeitsmarkt, in: MittAB 3/1979, S. 263 ff.

<sup>26)</sup> Wie Buttler, G., Bevölkerungsrückgang . . . a.a.O., S. 94, betont, würde eine weitgehende Integration der alten Menschen in das Arbeitsleben nicht nur zusätzliche Arbeitsmarktreserven erschließen, sondern auch der von Kaufmann eingehend erörterten sozialen Altersproblematik entgegenwirken (vgl. Kaufmann, F.-X., Die Überalterung, Ursachen, Verlauf, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses, Zürich – St. Gallen 1960, S. 499 ff.). In den USA wird sogar bereits seit einigen Jahren zunehmend über eine Herausforderung der gegenwärtigen Altersgrenze diskutiert, die immer häufiger als diskriminierend empfunden wird. 1977 trat in Kalifornien, wie schon zuvor in einigen kleineren amerikanischen Bundesstaaten, ein Gesetz in Kraft, das Arbeitgebern untersagt, arbeitswillige Mitarbeiter mit 65 Jahren zwangsweise in den Ruhestand zu schicken. Auch der US-Kongreß befaßte sich bereits mit entsprechenden Gesetzesvorlagen. In den Gewerkschaften überwiegen dagegen noch die Bestrebungen, die Altersgrenze weiter herabzusetzen. Vgl. Neue Züricher Zeitung vom 24. 9. 1977 und das Handelsblatt Nr. 188 vom 29. 9. 1977.

<sup>27)</sup> In allen Industriegesellschaften ist die Arbeitszeit ständig zurückgegangen, ein Teil des Produktivitätsfortschritts statt für materielle Einkommensverbesserungen für mehr Freizeit verwendet worden. So hat sich in Deutschland die Wochenarbeitszeit in den letzten 100 Jahren und die Lebensarbeitszeit innerhalb der letzten 50 Jahre etwa halbiert. In vielen Betrieben hat es sich außerdem als durchaus praktikabel erwiesen, bei ungünstiger Konjunktur einen geringeren Arbeitsanfall durch Verkürzung der Arbeitszeit auf alle Arbeiter zu verteilen, indem als Alternative zu kurzfristigen Personalbewegungen das Instrument der von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Kurzarbeit genutzt wird. Im Grunde geht es also bei dem Streit um Arbeitszeitverkürzungen nur um Ausmaß, Zeitpunkt und Form, insbesondere darum, in welchem Umfang ein Kaufkraft- bzw. Lohnausgleich erfolgt, ob mithin die Kosten- und Kreislaufneutralität gewahrt bleiben. Der Produktivitätsfortschritt kann real nicht zweimal verteilt werden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß nach allen vorliegenden Untersuchungen im Durchschnitt etwa 30% bis 50% der längerfristigen Arbeitszeitverkürzungen durch zusätzliche Produktivitätssteigerungen kompensiert werden, insoweit also auch zusätzlicher Verteilungsspielraum entsteht. Ferner spielt eine Rolle, ob die öffentlichen Haushalte auf durch Arbeitszeitverkürzungen bedingte Veränderungen ihrer Einnahmen und Ausgaben kreislaufneutral reagieren.

<sup>28)</sup> Zur Arbeitszeitentwicklung im einzelnen vgl. Reyher, L., H.-U. Bach, H. Kohler, B. Teriet, Arbeitszeit und Arbeitsmarkt. Volumenrechnung, Auslastungsrechnung und Entlastungswirkung, in: MittAB 3/1979, S. 381 ff.

Noch wichtiger als generelle, schematische Arbeitszeitregelungen dürfte aber in Zukunft die *Flexibilisierung bzw. Individualisierung der Arbeitszeiten* werden. Z. B. ist derzeit nicht nur etwa die Hälfte der vollzeitbeschäftigten Frauen, sondern auch etwa ein Fünftel der vollzeitbeschäftigten Männer an Teilzeitarbeit interessiert. Fast 90% der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer sprechen sich für Arbeitszeitverkürzungen auch bei entsprechenden Einkommenseinbußen aus.<sup>29)</sup> Würde man daher heute nicht nur vorwiegend an allgemeine, starre Arbeitszeitverkürzungen denken, sondern insbesondere die Arbeitszeiten weitgehend flexibilisieren, könnte man vermutlich fünf Effekte zugleich erreichen:

- erstens eine Abnahme der kurz- und mittelfristigen Arbeitslosigkeit, da heute zunächst der Übergang von Vollzeit- zu Teilzeitarbeit am stärksten zu Buch schlagen dürfte,
- zweitens bessere Voraussetzungen für langfristig steigende Frauen- und Alterserwerbstätigkeit,
- drittens eine Abschwächung der langfristigen Bevölkerungsabnahme, da viele Frauen vorhandene Wünsche nach Kindern dann besser mit ihren Berufsvorstellungen vereinbaren könnten,
- viertens eine generell bessere Verwirklichung der individuellen Wohlfahrtsvorstellungen und
- fünftens eine bessere Anpassung der jeweiligen Arbeitszeitregelungen an die spezifischen technischen Gegebenheiten und Markterfordernisse in den einzelnen Berufen, Betrieben und Branchen.

Für das Beschäftigungssystem wie auch für den Gesetzgeber bedeutet das natürlich Umstellungen in vielerlei Hinsicht. Es müßten neuartige Arbeitszeitmodelle eingeführt werden, die über die traditionelle Halbtagsarbeit hinausgehen – Interesse besteht z. B. auch an Dreiviertelarbeit, Wochenteilung, paarweiser Stellenbesetzung, Jahresarbeitszeitverträgen, Langzeiturlaub usw. –.<sup>30)</sup> Dabei müßte eine weitgehende berufliche Integration gewährleistet bleiben. Auch die Betriebszeiten wie z. B. die Ladenschlußzeiten könnten nicht mehr tabu sein, sondern müßten entsprechend flexibler werden. Daß genügend prinzipiell teilbare Arbeitsplätze vorhanden sind, belegen alle einschlägigen Erhebungen.<sup>31)</sup> Bereits heute gibt es im übrigen Beispiele dafür, wie Arbeitgeber mit weitgehenden und erprobten Individualzeitangeboten einen Wettbewerbsvorsprung auf dem Arbeitsmarkt erlangen, ähnlich den Betrieben, die in den 60er Jahren die Gleitzeit einführten. Derartigen Flexibilisierungstendenzen dürfte in Zukunft bei knapper werdenden Arbeitskräften noch größere Bedeutung zukommen.

<sup>29)</sup> Vgl. Mertens, D., *Neue Arbeitszeitpolitik* . . . , a.a.O., S. 266 und den Anhang zu diesem Aufsatz von Henniges, H. v., *Gewünschte Arbeitszeit vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer*, in: *MittAB 3/1979*, S. 270.

<sup>30)</sup> Zu diesen Aspekten vgl. außer Mertens D., *Neue Arbeitszeitpolitik* . . . , a.a.O., S. 263 ff., und Henniges, H. v., a.a.O., S. 270 ff., auch Brinkmann, Ch., *Der Wunsch nach Teilzeitarbeit bei berufstätigen und nicht berufstätigen Frauen*, in: *MittAB 3/1979*, S. 403 ff., Teriet, B., *Kasuistik ausgewählter Ansätze einer flexiblen Arbeitszeitordnung*, in: *MittAB 3/1979*, S. 289 ff., Derselbe, *Teilzeitarbeit – ein Problemaufriß*, in: *MittAB 2/1977*, S. 311 ff., sowie die anderen einschlägigen Aufsätze im Schwerpunkttheft »Arbeitszeit«, *MittAB 3/1979*.

<sup>31)</sup> Eine gemeinsame Erhebung des IAB und des Ifo-Instituts erbrachte allein für die Verarbeitende Industrie und das Baugewerbe ein Potential von rd. 400 000 teilbaren Arbeitsplätzen. Vgl. Friedrich, W., G. Nerh, L. Reyher, E. Spitznagel, *Zu den Beschäftigungserwartungen, den Arbeitsplatzreserven und zum Potential an zusätzlichen Teilzeitarbeitsplätzen in der Verarbeitenden Industrie und im Baugewerbe*, in: *MittAB 2/1978*, S. 247.

Bei einer Erhebung des rheinland-pfälzischen Sozialministers über die Teilbarkeit von Arbeitsplätzen in 12 Branchen ergab sich sogar, daß 60% der Vollzeitarbeitsplätze teilbar sind. Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport von Rheinland-Pfalz, *Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung in der Wirtschaft*, Mainz 1978. Zu den Vor- und Nachteilen vermehrter Teilzeitbeschäftigung aus der Sicht der Unternehmen vgl. Friedrich, W., G. Nerh, L. Reyher, E. Spitznagel, a.a.O., S. 247 ff., insbes. S. 249.

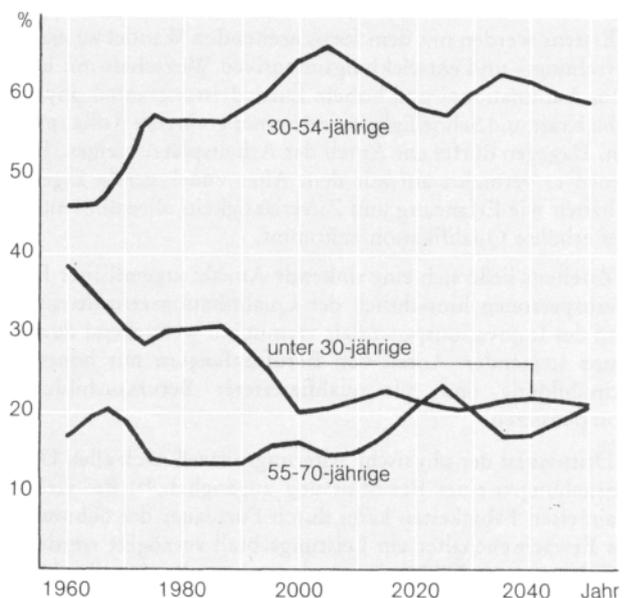
<sup>32)</sup> Vgl. hierzu im einzelnen K aufmann, a.a.O., insbesondere S. 211 ff. und S. 268 ff. sowie die zusammenfassende Darstellung bei Buttler, *Bevölkerungsrückgang* . . . , a.a.O., S. 97 ff.

## 5.4 Produktivitätsfortschritt

Eine weitere Möglichkeit zur Ausweitung des Wachstumsspielraumes in den Jahrzehnten nach 1990 besteht darin, den Produktivitätsfortschritt zu steigern, indem verstärkt Arbeitskräftequantität durch Sachkapital und durch Arbeitskräftequalität (Humankapital) substituiert und technischer Fortschritt und Strukturwandel forciert werden. Bei knapper werdenden Arbeitskräften dürfte in einer funktionierenden freien Marktwirtschaft von ganz alleine mit derartigen zusätzlichen Produktivitätspulsen zu rechnen sein.

Befürchtet wird aber häufig, daß eine langfristig schrumpfende Bevölkerung negative Folgen für die Leistungs-, Innovations- und Anpassungsfähigkeit einer Volkswirtschaft hat. Dadurch könnten die internationale Wettbewerbsfähigkeit und der technische Fortschritt beeinträchtigt, der Produktivitätsfortschritt mithin verlangsamt statt forciert und somit Gefahren für das künftige Wirtschaftswachstum und den künftigen Wohlstand heraufbeschworen werden.

Schaubild 6: Altersgliederung des deutschen Erwerbspersonenpotentials 1961 – 2050



Quelle: IAB

Wie das Schaubild 6 zeigt, wird der Anteil der unter 30-jährigen Erwerbspersonen bei der heutigen Geburtenhäufigkeit bis zum Jahre 2000 von den derzeitigen 30% auf rd. 20% zurückgehen und in den folgenden Jahrzehnten auf diesem Niveau verharren. Zwar ist bereits in den 60er Jahren der Anteil der unter 30jährigen an den Erwerbspersonen um ein Fünftel zurückgegangen, ohne zu besonderen Sorgen oder Problemen zu führen, doch fragt sich, ob nicht vielleicht die weitere Abnahme um immerhin ein Drittel und die tendenzielle Erhöhung des Durchschnittsalters diesen Befürchtungen mehr Gewicht zukommen lassen könnte.

Hierfür lassen sich drei Gründe anführen:

- Erstens nimmt für manche menschliche Fähigkeiten die Leistungsfähigkeit mit dem Alter ab, so daß bei alternder Bevölkerung auch die diesbezügliche Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft sinken könnte.<sup>32)</sup>
- Zweitens könnte sich unter Umständen das Innovations-tempo der Wirtschaft verlangsamen, wenn bei schrumpfendem Anteil der Jugendlichen am Erwerbspersonenpotential

auch die absolute Zahl oder der Anteil der qualifizierten Berufsanfänger zurückgehen würde, die über den neuesten Stand der Wissenschaft, gepaart mit den oft vor allem der Jugend zugeschriebenen Eigenschaften wie Initiative und Risikobereitschaft, verfügen.<sup>33)</sup>

- Drittens muß bei sinkendem Anteil der Jugendlichen am Erwerbspersonenpotential ceteris paribus der notwendige Strukturwandel der Wirtschaft über mehr Umsetzungen oder Arbeitsplatzänderungen bei den Erwerbspersonen mittleren und höheren Alters bewältigt werden. Damit wird der Geburtenrückgang langfristig zu höheren Anforderungen an die Bereitschaft und an die Fähigkeit der Erwerbspersonen zur beruflichen und regionalen Mobilität und zur Fortbildung führen. Beides pflegt aber mit zunehmendem Alter nach aller Erfahrung abzunehmen, so daß sich bei schrumpfender Bevölkerung die strukturelle Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft vermindert, während vom Wandel der Nachfragestruktur her bei sinkender Bevölkerungszahl sogar eher eine Erhöhung erforderlich wäre.

Was wirkt diesen Gefahren entgegen bzw. wie könnten diese Gefahren abgewendet werden? Insbesondere sei hierzu auf fünf Aspekte hingewiesen:

- Erstens werden mit dem fortschreitenden Wandel zu einer forschungs- und entwicklungsintensiven Wirtschaft mit hohem Automations- und hohem Dienstleistungsanteil physische Kraft und Schnelligkeit eine immer geringere Rolle spielen. Dagegen dürfte der Anteil der Arbeitsplätze steigen, bei denen es vermehrt auf mit dem Alter zunehmende Eigenschaften wie Erfahrung und Zuverlässigkeit, allerdings auch auf erhöhte Qualifikation ankommt.

- Zweitens ließe sich eine sinkende Anzahl jugendlicher Erwerbspersonen hinsichtlich der Qualifikationserfordernisse und des Innovationspotentials vermutlich weitgehend durch einen steigenden Anteil von Berufsanfängern mit höherer Schulbildung und mit qualifizierterer Berufsausbildung kompensieren.

- Drittens ist der physische Alterungsprozeß nach allen Untersuchungen einer Beeinflussung zugänglich.<sup>34)</sup> Bei vielen trainierten Fähigkeiten kann durch Fortdauer der Schulung im Erwachsenenalter ein Leistungsabfall verzögert werden. Bei den meisten Fähigkeiten verlangsamt außerdem eine bessere Schulbildung den Begabungsschwund.

- Viertens kann die Anpassung der Arbeitskräfte an sich ändernde Arbeitsplatzstrukturen durch Fortbildungsmaßnahmen und Mobilitätshilfen verbessert werden. Wie die Unter-

suchungen des IAB belegen, sind aber die Bereitschaft und die Fähigkeit zur regionalen und beruflichen Mobilität und zur Fortbildung um so größer, je höher das ursprüngliche Bildungsniveau ist.<sup>35)</sup>

- Fünftens könnten brachliegende Fachkenntnisse aufgespürt und die in der Ausbildungsbreite bestimmter zentraler Berufe angelegten funktionalen Mobilitätspotentiale besser genutzt werden.<sup>36)</sup> Immerhin dürfte jeder fünfte Arbeitnehmer, der einmal einen Facharbeiterberuf erlernt hat, heute als Hilfsarbeiter tätig sein und hat jeder sechste einen Berufswechsel vollzogen, bei dem er die ursprünglichen Kenntnisse nicht weiter verwerten konnte.

Alles spricht also dafür, daß negativen Folgen des Bevölkerungsrückganges auf Leistungs-, Innovations- und Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft durch vermehrte und verbesserte Erstausbildung und insbesondere durch einen erheblichen Ausbau sowohl des schulischen als auch des betrieblichen Erwachsenenbildungssystems in beachtlichem Ausmaß begegnet werden kann.

Das Bildungssystem müßte auf diese Aufgabenverlagerung hin umstrukturiert werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn es entsprechend dem Geburtenrückgang schrumpfen würde. Eine baldige Verstärkung der Bildungsbemühungen würde im übrigen nicht nur den langfristigen Erfordernissen gerecht werden, sondern auch den Arbeitsmarkt der 80er Jahre entlasten. Wenn z. B. schon in dem Anfang der 70er Jahre erarbeiteten Bildungsgesamtplan die generelle Einführung eines 10. Schuljahres bis 1985 vorgesehen ist, weshalb dann nicht in allen Bundesländern bereits jetzt zu einem arbeitsmarktpolitisch günstigen Zeitpunkt? Allerdings stellt natürlich die Frage der Lehrinhalte ein besonderes Problem dar. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht wäre besonders wichtig die Vermittlung von übergreifenden Schlüsselqualifikationen<sup>37)</sup>, die spätere Fortbildungsmaßnahmen und die Anpassung an den Strukturwandel erleichtern.

Auf jeden Fall geben der Wirtschaft die starken Absolventenjahrgänge der Jahre 1979 – 1984 die Chance zu einer ausgesprochenen Nachwuchspflege mit langer Perspektive. Versäumnisse bei der Ausbildung der Jugendlichen heute dürften später teuer zu stehen kommen, sofern sie überhaupt noch wieder gutzumachen sind.

Die Frage, die sich hier z. B. angesichts der heute auszubildenden geburtenstarken Jahrgänge stellt, lautet: Was ist langfristig das größere Risiko sowohl für den einzelnen als auch für den Betrieb als auch für die gesamte Volkswirtschaft: die eventuelle Gefahr längerfristiger oder kürzerfristiger Überqualifikation im Sinne einer »Ausbildung auf Vorrat« oder die Gefahr einer kaum mehr oder nur mit großem Aufwand nachträglich auszugleichenden Unterqualifikation?<sup>38)</sup> Langfristig muß Qualität die Quantität ersetzen.

## 6. Zum Problem der Alterssicherung

Auch wenn aufgrund der skizzierten verschiedenen Handlungsmöglichkeiten bei der Ausländerbeschäftigung, der inländischen Erwerbsbeteiligung, der Arbeitszeit und dem Produktivitätsfortschritt einschließlich der Substitution von Quantität durch Qualität der bei der heutigen Geburtenhäufigkeit zu erwartende Bevölkerungsrückgang zu keiner Arbeitskräftknappheit und Einengung des Wachstumsspielraumes zu führen braucht, so bleibt dennoch das Problem einer langfristig zunehmenden Rentenlast bestehen.

Der Geburtenrückgang wird allerdings erst dann die Alterslast dramatisch erhöhen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge

<sup>33)</sup> Ähnlich äußern sich Buttler, Bevölkerungsrückgang . . . , a.a.O., S. 99 f. und Wander, H., Die Folgen des Geburtenrückganges für Wirtschaft und Beschäftigungssystem, in: Dettling, W. (Hrsg.), Schrumpfende Bevölkerung – Wachsende Probleme? München - Wien 1978, S. 104.

<sup>34)</sup> Vgl. Kaufmann, F.-X., a.a.O., S. 207.

<sup>35)</sup> Vgl. hierzu: Brinkmann, Ch., K. Gottwald, L. Schuster, Die berufliche Fortbildung männlicher Erwerbspersonen. Teil I, in: MittAB 1/1972, S. 1 ff., Teil 2, in: MittAB 2/1972, S. 95 ff., sowie Hofbauer, H., E. Nagel, Regionale Mobilität bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 3/1973, S. 255 ff.

<sup>36)</sup> Vgl. u. a.: Hofbauer, H., P. König, Substitutionspotentiale bei Ausbildungsberufen (Lehrberufen) nach dem Urteil der Vorgesetzten, in: MittAB 2/1972, S. 77 ff. Hofbauer, H., P. König, Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 1/1973, S. 37 ff. Hofbauer, H., K. Kraft, Betriebliche Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit. Betriebsund Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen nach Abschluss der betrieblichen Berufsausbildung, in: MittAB 1/1974, S. 44 ff. Mertens, D., Der unscharfe Arbeitsmarkt. Eine Zwischenbilanz der Flexibilitätsforschung, in: MittAB 4/1973, S. 314 ff. Mertens, D., M. Kaiser (Hrsg.), Berufliche Flexibilitätsforschung in der Diskussion, BeitrAB, Bd. 30, Nürnberg 1978.

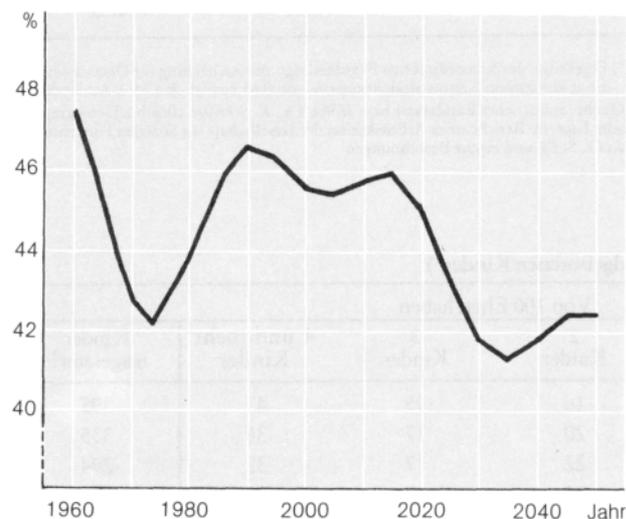
<sup>37)</sup> Vgl. Mertens, D., Schlüsselqualifikationen. Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft, in: MittAB 1/1974, S. 36 ff.

<sup>38)</sup> Die Risiko-Frage wurde insbesondere von Mertens in die bildungspolitische Diskussion eingeführt und ausführlich erörtert. Vgl. Mertens, D., Unterqualifikation oder Überqualifikation? Anmerkungen zum Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1976, S. 488 ff.

der 50er und 60er Jahre gegen 2020 ins Rentenalter kommen (vgl. Schaubild 2). Im Jahre 2030 wird demzufolge bei unveränderter Geburtenhäufigkeit der Anteil der über 64jährigen an der Bevölkerung um ungefähr die Hälfte höher sein als heute. Fast genau spiegelbildlich wird sich aber zwischen 1980 und 2030 der Anteil Jugendlicher verringert haben, so daß der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter 2030 nicht niedriger sein wird als heute. Selbst wenn man zu den Personen im erwerbsfähigen Alter nur die 19- bis 59jährigen zählt, beträgt deren Anteil 2030, dem Jahr mit der höchsten Alterslast, immerhin noch 50,5% im Vergleich zu zwar 55,0% 1980, aber 51,3% 1975. Es dürfte jedoch realistischer sein, für die Beurteilung der Versorgungslasten des Jahres 2030 angesichts wahrscheinlich knapper Arbeitskräfte und zugleich kürzerer und flexiblerer Arbeitszeiten von einer geringeren Beanspruchung der flexiblen Altersgrenze und einer höheren Alterserwerbstätigkeit als in den 80er Jahren auszugehen.

Ein noch besseres Maß für die gesamtwirtschaftlich ausschlaggebende Versorgungslast ist das Verhältnis von gesamter arbeitender zu gesamter nichtarbeitender Bevölkerung bzw. die globale Erwerbsquote. Wie das Schaubild 7 zeigt, wird die Erwerbsquote nach der IAB-Modellrechnung selbst bei konstanter spezifischer Erwerbsbeteiligung ab 1990 und der Annahme, daß zwei Drittel der 63- und 64jährigen von der flexiblen Altersgrenze Gebrauch machen, noch bis 2025 höher sein als in den letzten Jahren und würde auch danach noch um das Niveau von 1974 schwanken.

**Schaubild 7: Anteil der deutschen Erwerbspersonen an der gesamten deutschen Bevölkerung 1961 – 2050**



Quelle: IAB

Bei dem zu erwartenden positiven Wachstumsspielraum reduziert sich folglich das Problem der Alterssicherung auf ein Umverteilungsproblem bei wachsendem Pro-Kopf-Einkommen der Erwerbstätigen, welches immerhin in 50 Jahren nicht unerheblich gestiegen sein könnte. Dieses Umverteilungsproblem kann allerdings zu großen strukturellen und psychologischen Problemen führen, zumal in unserer Gesellschaft die Versorgung der alten und der jungen Menschen unterschiedlich geregelt ist.

Da die Versorgung der alten Menschen weitgehend kollektiv über Sozialabgaben der Erwerbstätigen finanziert wird, könnte nach Berechnungen von Geißler<sup>39)</sup> sich der Anteil der Sozialleistungen am Sozialprodukt bis 2030 um ein Drittel auf rd. 40% erhöhen und müßte rd. 1 %-Punkt des Produktivitätsanstiegs bzw. des realen Einkommenszuwachses je Erwerbstätigen für die gestiegenen Sozialleistungen abgezweigt werden. Dem stehen jedoch je nach den bildungspolitischen Reaktionen mehr oder weniger stark gesunkene Ausgabenanteile für Jugendliche in den Budgets der privaten Haushalte und z. B. den über allgemeine Steuern finanzierten Budgets der Kultusministerien gegenüber.

Notwendig sowohl für den einzelnen als auch für die öffentliche Hand wird es daher, vermehrt in gesamtwirtschaftlichen und gesamt-demographischen Zusammenhängen sowie in Gesamtbelastungen zu denken, also sowohl zusätzliche Be- als auch Entlastungen ins Kalkül zu ziehen und ggf. für einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Budgets oder für alternative Finanzierungsmechanismen oder schließlich auch für eine andere Verteilung der verschiedenen Aufgaben zwischen staatlichem und privatem Sektor zu sorgen.

## 7. Schlußfolgerung

Der Geburtenrückgang stellt Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Politik vor bedeutende Anpassungsaufgaben, aber vor keine unlösbaren Probleme. Die Probleme bleiben aus heutiger Sicht auf absehbare Zeit in einer handhabbaren Größenordnung und werden um so leichter zu lösen sein, je mehr die Flexibilität unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems verbessert wird und je mehr bei heutigen Entscheidungen vorausschauend die längerfristigen Tendenzen mit beachtet werden. Hohe Priorität ist insbesondere beizumessen der Bereitschaft zu verstärktem Strukturwandel in allen Bereichen, der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, der vollen Integration der bereits ansässigen ausländischen Arbeitskräfte sowie der weiteren Verbesserung der Erstausbildung und dem Aufbau eines umfassenden Fortbildungssystems als einer Hauptvoraussetzung für die Bewältigung steigender Flexibilitätsanforderungen.

<sup>39)</sup> Geißler, U. (Bearb.), Die Auswirkungen der längerfristigen Bevölkerungsentwicklung auf die Sozialleistungsquote, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 163-190, insbesondere S. 177 und 182.

Statistischer Anhang

Tabelle 1: Geborene und Gestorbene in Deutschland 1870–1978

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene <sup>1)</sup> (ohne Totgeborene)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
Reichsgebiet			
1870	38,5	27,4	+11,1
1875	40,6	27,6	+13,0
1880	37,6	26,0	+11,6
1885	37,0	25,7	+11,4
1890	35,7	24,4	+11,4
1895	36,1	22,1	+13,9
1900	35,7	20,7	+15,1
1905	33,0	19,8	+13,2
1910	29,8	16,2	+13,6
1915	20,4	21,4	- 1,0
1920	25,9	15,1	+10,8
1925	20,7	11,9	+ 8,8
1930	17,5	11,1	+ 6,5
1935	18,9	11,8	+ 7,1
1938 <sup>2)</sup>	19,6	11,6	+ 7,9
Bundesgebiet			
1938	19,5	11,4	+ 8,0
1950	16,2	10,5	+ 5,7
1955	15,7	11,1	+ 4,5
1960	17,4	11,6	+ 5,9
1965	17,7	11,5	+ 6,2
1970	13,4	12,1	+ 1,3
1975	9,7	12,1	- 2,4
1978	9,4	11,8	- 2,4

<sup>1)</sup> Ab 1950 ohne nachträglich beurkundete Kriegsterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

<sup>2)</sup> Gebietsstand: 31. 12. 1937.

Quelle: Höhn, Ch., K. Schwarz (Bearb.), Demographische Lage, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 38

Tabelle 2 : Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsdichte in den Grenzen des heutigen Bundesgebietes 1825 – 2050

Jahr	Wohnbevölkerung	
	in Tsd.	je km <sup>2</sup>
1825	15 130	61
1871	20 410	82
1880	22 820	92
1890	25 433	102
1900	29 838	120
1910	35 590	143
1925	39 017	157
1930	40 334	162
1935	41 457	167
1938	42 576	171
1950	49 989	201
1955	52 382	211
1960	55 433	223
1965	58 619	236
1970	60 651	244
1975	61 829	249
1979	61 337	247
1990 <sup>*)</sup>	58 800	237
2000 <sup>*)</sup>	56 200	226
2010 <sup>*)</sup>	52 400	211
2020 <sup>*)</sup>	48 200	194
2030 <sup>*)</sup>	43 400	175
2050 <sup>*)</sup>	33 500	135

<sup>\*)</sup> Ergebnisse der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung für Deutsche bei einer konstanten Nettoerproduktionsrate von 0,65 zuzüglich 4 Mio. Ausländer  
Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. Höhn, Ch., K. Schwarz, (Bearb.), Demographische Lage, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 33, und eigene Berechnungen

Tabelle 3: Ehen aus den Jahren 1900 bis 1972 nach der Zahl der lebendgeborenen Kinder<sup>\*)</sup>

Eheschließungsjahr <sup>1)</sup>	Von 100 Ehen haben					Kinder insgesamt <sup>3)</sup>
	keine Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 und mehr Kinder	
1900 – 1904	9	12	16	15	47	393
1905 – 1909	10	15	20	17	38	335
1910 – 1912	12	17	22	17	32	294
1913 – 1918	14	20	24	17	25	252
1919 – 1921	16	23	24	15	21	234
1922 – 1925	18	24	24	15	20	222
1926 – 1930	17	23	25	15	20	223
1931 – 1935	16	22	27	17	18	218
1936 – 1940	14	25	31	17	14	205
1941 – 1945	13	25	31	17	14	205
1946 – 1950	13	26	30	17	14	207
1951 – 1955	13	25	31	17	14	205
1958 – 1962	13	22	36	19	10	200
1963 – 1967 <sup>2)</sup>	13	26	40	15	6	185
1968 – 1972 <sup>2)</sup>	17	29	36	13	5	160

<sup>\*)</sup> Ehen ohne Begrenzung des Heiratsalters.

<sup>1)</sup> Bis 1912 Ergebnisse der Volkszählung 1933 in Preußen. 1913 bis 1921 Ergebnisse der Volkszählungen 1933 und 1939 im Deutschen Reich. 1922 bis 1935 Ergebnisse der Volkszählung 1950 (ohne Berlin). Danach Ergebnisse der Volkszählung 1970 und des Mikrozensus. Hier nur deutsche Ehepaare und einschl. der Kinder aus evtl. früherer Ehe; vorher nur Kinder aus den am Zählungstag bestehenden Ehen. –

<sup>2)</sup> Kinder nach April 1978 geschätzt.

<sup>3)</sup> Lebendgeborene Kinder ohne Berücksichtigung der rückläufigen Entwicklung der Säuglings- und Kindersterblichkeit.

Quelle: Höhn, Ch., K. Schwarz (Bearb.), Demographische Lage, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 37

**Tabelle 4: Nettoreproduktionsraten in ausgewählten Staaten seit 1920\***

Land	1920/21	1925	1930/34	1935/39	1946/49	1950/54	1955/59	1960/64	1965/69	1970/74	Neueste Ergebn.
Deutsches Reich	-	1,00	0,81	0,92	-	-	-	-	-	-	-
Bundesrepublik Deutschland	-	-	-	-	-	0,94	1,04	1,14	1,13	0,81	0,66 (1978) <sup>4)</sup>
DDR und Berlin (Ost)	-	-	-	-	-	1,07	1,06	1,13	1,09	0,87	0,77 (1976)
Dänemark	1,30	-	0,93	0,94	1,28	1,18	1,20	1,21	1,11	0,94	0,79 <sup>2)</sup> (1978)
Finnland	-	-	-	0,99	1,48	1,37	1,31	1,23	1,02	0,78	0,80 (1977)
Frankreich	0,98	0,94	0,91	0,86	1,33	1,24	1,28	1,34	1,27	1,13	0,88 (1978)
Italien	-	-	-	1,18	1,15	1,02	-	1,15	1,15	1,10	0,90 <sup>2)</sup> (1977)
Niederlande	-	-	1,23	1,15	1,63	1,43	1,45	1,51	1,35	1,04	0,75 (1977)
Norwegen	1,34	-	0,86	0,81	1,19	1,19	1,32	1,36	1,32	1,12	0,84 <sup>3)</sup> (1978)
Österreich	-	-	-	-	-	0,92	1,12	1,29	1,22	0,98	0,77 (1978)
Schweden	1,35	1,02	0,77	0,78	1,14	1,04	1,06	1,08	1,06	0,92	0,79 (1977)
Schweiz	-	-	0,84	0,78	1,19	1,08	1,09	1,20	1,12	0,91	0,71 <sup>2)</sup> (1978)
USA	-	-	1,01	0,96	1,42	1,55	1,73	1,62	1,24	1,00	0,88 (1977)
Vereinigtes Königreich <sup>1)</sup>	1,19	0,93	0,78	0,79	1,12	1,01	1,13	1,32	1,25	1,03	0,81 (1977)

\*) Über frühere Zeiträume sind fast keine Angaben möglich

1) Nur England und Wales.

2) Geschätzt.

3) Vorläufiges Ergebnis.

4) Deutsche Bevölkerung: 0,63

Quellen: Population Index, verschiedene Jahrgänge; Statistisches Bundesamt; Europarat; Demographic Yearbook 1949/50; The Population of Denmark.

Entnommen aus: Höhn, Ch., K. Schwarz (Bearb.), Demographische Lage, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, a.a.O., S. 65

**Tabelle 5: Erwerbspersonen, Beschäftigte und Arbeitskräftereserve in Europa 1974 und 1990 nach einer Prognose der Prognos-AG in Tsd. (ohne Wanderungen)<sup>1)</sup>**

Land	Erwerbspersonen		Beschäftigte		Arbeitslose	Arbeitskräftereserve	in % der Erwerbspersonen	
	1974	1990	1974	1990	1974	1990	1974	1990
Belgien	3 979	4 213	3 829	3 762	112	410	2,8	9,7
Bundesrepublik Deutschland	26 959	27 296	26 164	25 190	584	1 895	2,2	6,9
Dänemark	2 482	2 582	2 399	2 363	83	219	3,3	8,5
Frankreich	21 679	24 033	20 944	21 542	735	2 491	3,4	10,4
Irland	1 121	1 372	1 066	1 171	55	201	4,9	14,6
Italien	19 391	21 173	18 898	19 194	493	1 979	2,5	9,3
Luxemburg	143	143	150	161	-	-	-	-
Niederlande	4 888	5 676	4 765	4 848	115	818	2,3	14,4
Vereinigtes Königreich	25 262	26 235	24 715	23 439	547	2 797	2,2	10,7
EG	105 904	112 723	102 930	101 670	2 724	10 810	2,6	9,6
Finnland	2 272	2 447	2 229	2 200	43	247	1,9	10,1
Norwegen	1 713	1 916	1 661	2 067	51	-151	3,0	-7,9
Schweden	4 040	4 089	3 963	4 145	78	-56	1,9	-1,4
Nordische Länder	8 025	8 452	7 853	8 412	172	40	2,2	0,5
Österreich	3 102	3 372	3 043	2 964	41	391	1,3	11,6
Schweiz <sup>2)</sup>	2 968	2 844	3 069	2 707	1	240	0,1	8,4
Alpenländer	6 070	6 216	6 112	5 671	42	631	0,7	10,2
Portugal	3 305	3 776	3 090	3 096	215	680	6,5	18,0
Spanien	13 273	15 268	12 793	13 590	480	1 678	3,6	11,0
Griechenland	3 293	3 630	3 158	3 181	135	449	4,1	12,4
EG-Anschlußländer	19 871	22 674	19 041	19 867	830	2 807	4,2	12,4
Jugoslawien	8 929	9 993	8 421	8 541	508	1 452	5,7	14,5
Türkei	15 902	22 395	14 140	16 539	1 762	5 856	11,1	26,1
Europa <sup>3)</sup>	165 412	183 288	159 163	161 458	6 082	21 673	3,7	11,8
Europa ohne Türkei	149 510	160 893	145 023	144 919	4 320	15 817	2,9	9,8

1) Arbeitslosenzahlen teilweise unter Berücksichtigung von Pendlern und Grenzgängern. D: Pendler, Grenzgänger und statistische Differenz.

2) inkl. Liechtenstein, unter Berücksichtigung der Wanderungen von 1975-1977.

3) inkl. Malta, Zypern, Island und europäische Kleinstaaten.

Quelle: Prognos-AG: Tendenzen der regionalen Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung in den Staaten des Europarates 1974-1990. Europäische Raumordnungsprognose 1990. In: Schriftenreihe des BMBau, 06.033, 1979, S. 19.